



Commissie BuZa

Aan de staatssecretaris van Buitenlandse  
Zaken

Plaats en datum: Den Haag, 12 september 2011  
Betreft: Verzoek regeringsreactie op artikel inzake gebreken NGO's  
Ons kenmerk: 2011Z17167/2011D42885

Geachte heer Knapen,

Namens de vaste commissie voor Buitenlandse Zaken verzoek ik u om de Kamer, naar aanleiding van het artikel in de FAZ van 8 september 2011 'Vom Geld kommt kaum etwas an' over de besteding van de hulp in Somalië door hulporganisaties (bijgevoegd), in een brief te informeren of de in het artikel geconstateerde gebreken ook opgaan voor door Nederland (mede)gefinancierde NGO's, niet alleen bij de hulpverlening in Somalië, maar in zijn algemeenheid.

Hoogachtend,

De griffier van de vaste commissie voor Buitenlandse Zaken,

T.J.E. van Toor

(illustraties uit artikel verwijderd)

Vom Geld kommt kaum etwas an

Mit der Hungerkatastrophe in Somalia mehren sich auch die Spendenaufrufe großer Hilfsorganisationen. Doch ein Großteil der Gelder fließt in Verwaltung und Marketing - oder wird von den Konfliktparteien abgezweigt.

Von Thomas Scheen, Johannesburg

29. Juli 2011

Kaum waren die ersten Meldungen über eine Lebensmittelkrise am Horn von Afrika um die Welt gegangen, von der angeblich bis zu zwölf Millionen Menschen bedroht sind, hagelte es Spendenaufrufe von Hilfsorganisationen. Darunter waren auch viele, die nur am Rande mit den Problemen besonders in Somalia befasst sind und mit der aktuellen Linderung der Lebensmittelknappheit aber auch gar nichts zu tun haben. Die Vereinten Nationen ließen verlauten, sie benötigten bis zu 1,6 Milliarden Dollar, um sich gegen die Krise zu stemmen. Auf welchen belastbaren Zahlen diese Hochrechnung allerdings beruht, war wie immer in solchen Situationen nicht in Erfahrung zu bringen. Doch das spielt keine Rolle. Alleine das Hinterfragen solcher Informationen lässt den Fragesteller angesichts von Bildern spindeldürrer Kinder als gottlosen Ketzer dastehen. Die niederländische Buchautorin Linda Polman, die fünf Jahre lang die Mechanismen der internationalen Hilfsorganisationen recherchierte, hat dafür den treffenden Begriff gefunden: „Die Mitleidsindustrie“. Rund 370.000 Nichtregierungsorganisationen gibt es weltweit, und ein Großteil davon ist in irgendeiner Form in Hilfsprojekten engagiert. Wie viel Geld in dieser Industrie umgesetzt wird, entzieht sich in Ermangelung einer zentralen Koordinierung jeder Kenntnis. Die Zahlen schwanken je nach Quelle zwischen 100 und 150 Milliarden Dollar jährlich. Alleine in Deutschland liegt das Spendenaufkommen für Hilfsorganisationen, gemeinnützige Organisationen und kirchliche Organisationen nach Angaben des Deutschen Spendenrates bei rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr und schnell immer dann um bis zu 20 Prozent nach oben, wenn es irgendwo auf der Welt eine Katastrophe zu bekämpfen gilt. Das ist viel Geld, das entsprechende Begehlichkeiten weckt.

**Anzeige**

Die Verwaltungskosten vor Ort werden als Projektkosten verbucht

Natürlich sind alle Hilfsorganisationen bemüht zu beweisen, wie viel ihres Spendenaufkommens tatsächlich in Hilfsprojekte fließt, weil diese Form der Transparenz sich direkt auf künftige Spenden auswirkt. Grob gesagt werden zwischen 10 und 15 Prozent jeder Spende für Verwaltungskosten verwendet, was wenig ist. Einige Hilfsorganisationen sind zudem so ehrlich ihre Marketingkosten für die Spendenaufrufe zu beziffern, und kommen dabei auf einen Anteil von 20 bis 25 Prozent. Rechnet man die beiden Höchstwerte zusammen, bedeutet dies, dass immer noch 60 Prozent jedes gespendeten Euro in ein Hilfsprojekt fließen. Das aber ist Augenschwermerei, weil die Verwaltungskosten vor Ort als Projektkosten verbucht werden.

Die „Mitleidsindustrie“ ist längst zu einer Industrie geworden wie jede andere auch, in der es um Akquise geht und der Wettbewerb über Verdrängung läuft. Auf die gegenwärtige Lebensmittelkrise in Somalia übertragen sieht das so aus: Ein Generalunternehmen – entweder das Welternährungsprogramm (WFP) oder das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) – baut ein Flüchtlingslager und verpflichtet für dessen Bewirtschaftung andere Hilfsorganisationen als Subunternehmer. Diese buhlen um solche Aufträge, weil sie ihnen Medienpräsenz sichern, was wiederum Spenden generiert. Im größten Flüchtlingslager der Welt, dem Lager von Dadaab in Kenia, das vom UNHCR gemanagt wird, sind gegenwärtig mehr als 20 Hilfsorganisationen tätig, die wiederum nicht selten lokale Organisationen verpflichten, um die eigentliche Arbeit zu tun. Diese Praxis geht soweit, dass ein einziges Hilfsprojekt bis zu sieben Mal delegiert wird, wobei jedes Mal Gebühren einbehalten werden. Das führt im Extremfall dazu, dass von der ursprünglich vorgesehenen Summe bestenfalls 10 bis 20 Prozent tatsächlich ankommen.

Ein großer Teil der Lebensmittelhilfe wird besonders in Kriegsgebieten abgezweigt. Das Problem der Hilfsorganisationen besteht darin, dass sie helfen müssen, und zwar um jeden Preis, um nicht im Tal der vergessenen Spenden zu landen. Nur ganz wenige dieser Organisationen können es sich leisten, notfalls ihre Arbeit einzustellen, weil ihnen Zweifel kommen, ob ihr Engagement noch Sinn macht. Dazu gehört die mit dem Friedensnobelpreis geehrte französische Organisation Médecins sans frontières (MSF), die etwa bei der Tsunami-Katastrophe in Asien Ende 2004 darum bat, von weiteren Spenden abzusehen, weil sie keine Verwendung für das viele Geld hatte.

Die Organisationen müssen sich vorwerfen lassen, mit Diktatoren und Warlords zu kungeln, um nicht von den Gangstern aus dem Land geworfen zu werden. Ein großer Teil der Lebensmittelhilfe wird so besonders in Kriegsgebieten von den Kombattanten abgezweigt. Zu welchen Auswüchsen das führt, zeigt das Beispiel des WFP in Somalia. Die von den Vereinten Nationen und damit von den Steuerzahlern dieser Welt abhängige Organisation hatte 2009 für den Transport von Lebensmitteln nach Somalia drei lokale Spediteure beauftragt. Umfang des Auftrags: 200 Millionen Dollar. Weil das WFP aufgrund der Sicherheitslage in Somalia nicht selbst kontrollieren konnte, ob die Lieferung ankommt, wurde ein Controller engagiert, bei dem es sich um die Ehefrau eines der Spediteure handelte. Der zweite Spediteur war ein bekannter Financier der radikal-islamischen Miliz al Shabaad, und der Dritte hatte Kraft der Feuerkraft seiner Kämpfer ein Monopol über das Handling in Hafen von Mogadischu sowie fast alle Lagerhäuser der Stadt. Mehr als die Hälfte der WFP-Lebensmittel wurden von diesen Herren gestohlen und anschließend auf den lokalen Märkten verkauft.

Die Hilfe ist längst zu einem gigantischen Geschäft geworden

Es sind Geschichten wie diese, die den Vorwurf nähren, dass die Hilfsorganisationen im Grunde zur Fortsetzung von kriegerischen Auseinandersetzungen beitragen, weil sie die Kämpfer nicht nur füttern, sondern diese auch von der Aufgabe entbinden, für die eigenen Leute Sorge zu tragen. Natürlich begegnen die Organisationen solchen Vorwürfen vom Hochsitz der moralischen Überlegenheit herunter, weil sie schließlich helfen. Doch diese Hilfe ist längst zu einem gigantischen Geschäft geworden, bei dem der Einsatz von Ellbogen üblich ist.

Dafür ist Südsudan ein Beispiel. Zwanzig Jahre lang herrschte dort Krieg, und zwanzig Jahre lang wurde die Bevölkerung von der Internationale der Hilfsorganisationen mit Lebensmitteln versorgt. Das hat dazu geführt, dass eine ganze Generation von Südsudanesen den Anbau von Nahrungsmitteln aufgegeben hat, weil es viel einfacher ist, sich die täglichen Rationen abzuholen. Heute ist Südsudan eine unabhängige Nation, die mit ihrem Wiederaufbau kämpft, und wieder sind es die Hilfsorganisationen, die sich dabei unentbehrlich machen. Da werden unzählige Projekte für die medizinische Versorgung der Landbevölkerung angestoßen und die Organisationen kurven durch das Land mit ihren Impfpistolen, aber niemand baut ein Krankenhaus.

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: AFP, dpa